



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



# Migration als Chance

**Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands vom 18. Juli 2007**

Jahrzehntelang wurden Einwanderer und Asylsuchende in Deutschland vorrangig als Herausforderung, Problem, Belastung, ja sogar als Bedrohung angesehen. Vehement wurde bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs eine multikulturelle Gesellschaft entwickelt hat.

Seit einigen Jahren vollzieht sich bei den politisch Verantwortlichen ein Meinungswandel – hervorgerufen durch die Einsicht, dass die deutsche Wirtschaft aus demografischen und ökonomischen Gründen auf die eingewanderten Menschen angewiesen ist, dass Deutschland sich weltoffen und ausländerfreundlich zeigen muss, wenn es im weltweiten Wettbewerb um Hochqualifizierte mithalten will. Dass das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Sprachen und Nationen eine selbstverständliche Herausforderung moderner Gesellschaften ist, dass darin ein großer Reichtum und viele kulturelle, soziale wie auch ökonomische Potenziale liegen, wird immer noch nicht hinreichend erkannt.

In teilweise lächerlichen sprachlichen Verrenkungen fasst man die neuen Einsichten in Worte, spricht von „Zuwanderung“ und dass Deutschland ein „Integrationsland“ sei. Dabei wird die Grenze zwischen Integration und Assimilation bewusst verwischt. Integration wird nicht als Prozess auf Gegenseitigkeit verstanden, sondern als einseitige Bringschuld der Einwanderer, die sich neuerdings nicht mehr der „deutschen Leitkultur“, sondern „einer Leitkultur in Deutschland“ (Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU) anpassen bzw. unterwerfen sollen. Die einheimische Gesellschaft begreift zwar langsam die Chancen, die Einwanderung für die heimische Ökonomie darstellt, sie begreift aber immer noch nicht die Chancen, die im gleichberechtigten, wertschätzenden und friedlichen Miteinander verschiedener Kulturen liegen können.

Die folgenden Punkte fassen die Positionen und Beschlüsse der GEW zusammen. Sie wollen dazu beitragen, dass Einwanderer und ihre Kinder gleiche Chancen bekommen und Migration als „ihre“ Chance erleben.

### **1. Migration als Chance in einer demokratischen Gesellschaft:**

***Für einen sicheren Aufenthaltstatus, ein großzügigeres Bleibe- und Arbeitsrecht und einen gleichrangigen Zugang zu Bildung und Beschäftigung***

Die GEW bekräftigt die DGB-Forderung nach einer Bleiberechtsregelung für alle ausländischen Staatsangehörigen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, unabhängig von ihrem Status sowie die Forderung nach einem Arbeitsmarktzugang für in Deutschland lebende ausländische Staatsangehörige nach einem Jahr Wartezeit und die Aufhebung der Arbeitsverbote für Geduldete. Die GEW kritisiert die Verschlechterungen, die das neue Zuwanderungsrecht etwa für in Deutschland lebende MigrantInnen wie auch für hinzu ziehende EhegattInnen enthält und fordert mehr Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund.

### **2. Der skandalösen Benachteiligung im Bildungswesen begegnen:**

***Für ein inklusives Bildungswesen, ein gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit, umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit***

Für Kinder und Jugendliche fordert die GEW Bildungseinrichtungen, die der Inklusion verpflichtet sind, die mit Vielfalt und Mehrsprachigkeit wertschätzend und produktiv umgehen und die Potenziale der Lernenden bestmöglich und individuell fördern. Es ist dringend an der Zeit, dass die Selektion im Schulwesen überwunden wird und Kinder und Jugendliche – wie in anderen Ländern – bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam miteinander und voneinander lernen und individuell gefördert werden. Die Erhöhung der Quote des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, die Senkung der Rückstellungen vom Schulbesuch und der Klassenwiederholungen sowie die Erhöhung der Beteiligungsquote an höheren Bildungsgängen, beruflicher Ausbildung und Hochschulbildung müssen Richtschnur für die Verbesserung der Situation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund sein.

### **3. Das Recht auf Bildung für alle verwirklichen:**

***Für eine zweite Chance, für ein Recht auf allgemeine Bildung und ein Recht auf berufliche Ausbildung – auch für Statuslose***

Die GEW fordert ein Recht auf allgemeine wie auch ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Die Verletzung des Menschenrechts auf Bildung für „statuslose“ oder „illegale“ junge Menschen muss ein Ende haben. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen unabhängig von Aufenthaltsdauer und Status einen gleichrangigen und unbeschränkten Zugang zur frühkindlichen und schulischen Bildung wie auch zur Berufsausbildung haben. Jugendliche mit besonderen Problemen aufgrund ihrer sozialen und sprachlichen Herkunft brauchen besondere Unterstützung und im Falle eines Scheiterns eine „zweite und dritte Chance“. Wenn im Rahmen der betrieblichen dualen Ausbildung nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, müssen Möglichkeiten voll qualifizierender Ausbildungen in beruflichen Schulen und außerschulischen Lernorten ausgeweitet werden.

#### **4. Interkulturelle Bildung als Prinzip:**

***Für eine interkulturelle Bildung als durchgängiges Prinzip lebenslangen Lernens, für Menschenrechtserziehung und antirassistische Bildung***

Interkulturelle Bildung und Erziehung soll zum Prinzip von Bildungseinrichtungen werden. Sie ist kein „Unterrichtsthema“, das gesondert in einzelnen Fächern zu behandeln wäre. Sprachförderung soll ebenfalls nicht auf separierte Kurse und den Deutschunterricht beschränkt werden. Erziehung zu Respekt, Wertschätzung und Integration sind Grundsätze jeder Erziehung und Bildung. Die GEW unterstreicht die Notwendigkeit eines ganzheitlichen, integrierten und aufeinander aufbauenden Konzepts sprachlicher und interkultureller Bildung, an der alle Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, beteiligt sind. In interkulturell orientierten Einrichtungen werden die kulturellen Erfahrungen und Gewohnheiten der Kinder und Jugendlichen, Themen der Migration wie auch der Menschenrechtserziehung und antirassistischen Bildung in das Lernen und Leben der Bildungseinrichtung integriert. Die Lernenden anderer Herkunftssprachen und Kulturen sollten sich willkommen und wert geschätzt fühlen, etwa indem sie ihre Sprache und Kultur in den Einrichtungen, Bildungsangeboten, Lehrmaterialien wie auch beim Lehr- und Erziehungspersonal wieder finden.

#### **5. Interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen nach außen:**

***Für gebührenfreien Zugang und Vernetzung der beteiligten Institutionen***

Interkulturelle Öffnung nach außen heißt: ein gebührenfreier Zugang zu Bildung vom frühkindlichen Bereich an, eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern junger Menschen, Bildungsberatung für Familien mit Migrationshintergrund, die Öffnung hin zum Sozialraum, die Vernetzung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Betrieben und Arbeitsagenturen sowie die Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen. Ein differenziertes, aufeinander abgestimmtes multiprofessionelles Netzwerk bietet eine Grundlage für die gezielte Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

#### **6. Mehrsprachigkeit als Reichtum und Bildungsziel:**

***Für den Erhalt von Sprachenvielfalt, herkunftssprachliche Angebote und Förderung der Mehrsprachigkeit aller Menschen***

Der Erhalt von Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit muss pädagogisches und politisches Ziel sein. Dazu gehört die Anerkennung und Förderung von Nachbarsprachen in Grenzregionen ebenso wie die Anerkennung der Sprachenvielfalt innerhalb eines Stadtteils oder einer Gemeinde. Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sollten die muttersprachlichen und mehrsprachlichen Leistungen der Menschen mit Migrationshintergrund als Reichtum begreifen, würdigen und fördern. Anzustreben ist, dass häufig vorkommende Erstsprachen im Bildungssystem auch als Fremdsprachen angeboten und bilinguale Angebote erweitert werden. Sprachbildungsangebote für Menschen deutscher wie nicht-deutscher Herkunftssprache sollen einen Beitrag zur Mehrsprachigkeit leisten, indem sie die Neugier auf andere Sprachen, die Sensibilität für andere Kulturen und interkulturelle Kompetenzen fördern.

## **7. Das Recht auf Sprache - Sprachförderung als vordringliche Aufgabe:** **Für ein ganzheitliches, integriertes und durchgängiges Konzept sprachlicher und interkultureller Bildung**

Sprachförderung sollte sich auf einen ganzheitlichen Bildungsbegriff beziehen und in einem Gesamtprozess sprachlicher Bildung geschehen – und zwar umso mehr, je jünger die Lernenden sind. Sprachförderung ist zudem als Aufgabe im gesamten Bildungsprozess zu begreifen, auch in höheren Bildungsstufen. Statt als Maßnahme allein zur Feststellung der „Schulfähigkeit“ (Kinder) oder der „Integrationsfähigkeit“ (Erwachsene) sollte sie als Einlösung des Rechts auf Sprache begriffen werden. Zu diesem Recht gehören sowohl das Recht auf Förderung in der Zweitsprache wie auch das Recht auf Erhalt und Pflege der Erstsprache. Sprachförderung in diesem Sinne ist Teil eines interkulturellen Bildungskonzepts, dessen Philosophie auf individueller Förderung und Inklusion basiert, anstatt auf Stigmatisierung und Aussonderung.

## **8. Gute Rahmenbedingungen als Grundlage für Integration:** **Für bessere Ausstattung, Unterstützungssysteme und Qualifizierung, für mehr pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund**

Damit sich Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ihrer Verantwortung für Integration und interkulturelle Bildung stellen können, müssen Einrichtungen mit einem hohen Migrantenanteil eine besondere materielle und personelle Unterstützung erhalten. Die derzeitigen Maßnahmen der Integration und Sprachförderung müssen besser ausgestattet werden. Insgesamt müssen Beratungs- und Unterstützungssysteme im Prozess lebenslangen Lernens ausgebaut werden. Kurzfristig stellen sich die Nachqualifizierung und entsprechende Fortbildungsangebote und langfristig eine Überarbeitung der Ausbildungsgänge an Fach- und Hochschulen als dringliche Aufgabe. Bei der Einstellung von neuem Personal in Einrichtungen mit einem hohen MigrantInnen-Anteil sollte verstärkt Personal mit einer Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ und mehrsprachiges bzw. muttersprachliches Lehr- und Erziehungspersonal berücksichtigt sowie mehr sozial-, sonder- und sprachheilpädagogisches Personal eingestellt werden. Pädagoginnen und Pädagogen aller Bildungsstufen brauchen orientierende und unterstützende Lehr-, Diagnose- und Dokumentationsmaterialien.

## **9. Was tut die Bildungsgewerkschaft?**

- a. Die GEW setzt sich dafür ein, dass Lehrkräfte und andere Beschäftigte im Bildungsbereich, die Menschen mit Migrationshintergrund unterrichten, vergütungsrechtlich nicht schlechter gestellt werden und wegen ihrer oder der Nationalität der Lernenden nicht diskriminiert werden dürfen. Dazu gehört auch die deutliche Besserstellung der Lehrenden in den so genannten „Integrationskursen“.
- b. Die GEW bildet MultiplikatorInnen für bundesweite Fortbildungsprogramme im Umgang mit Heterogenität und zu interkulturellen Themen aus.
- c. Die GEW unterstützt über ihre Stiftung Vorhaben der Migrationsforschung, verbreitet entsprechende Erkenntnisse in ihren Publikationen und setzt sich dafür ein, dass sie Eingang in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen finden.

- d. Die GEW trägt dazu bei, die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention und des Nationalen Aktionsplans für ein kindgerechtes Deutschland bekannter zu machen und umzusetzen, insbesondere im Kontext des Rechts auf Bildung. Sie beteiligt sich aktiv an der aktuell in Deutschland aufkeimenden Diskussion über den Zusammenhang von Menschenrechten und Bildung in Deutschland. Zugleich unterstützt sie die Bemühungen, das Thema Menschenrechte auch in und durch Bildung und Erziehung in den Einrichtungen zu stärken.
- e. Die GEW tritt für das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein, auch für die jungen Menschen mit Duldungsstatus oder ohne Aufenthaltsrecht. Sie unterstützt die Bildungseinrichtungen und deren Leitungen, die sich dagegen wehren, statuslose und statusunsichere Kinder und Jugendliche den Ausländerbehörden zu melden.
- f. Die GEW ist sich der hohen professionellen und ethischen Verantwortung bewusst, die Lehrende gegenüber Lernenden haben. Sie bekämpft alle Formen von Rassismus, Vorurteilen oder Diskriminierung aufgrund nationaler, ethnischer oder sprachlicher Herkunft im Bildungsbereich.
- g. Die GEW sieht sich jedoch nicht erst im Falle von Diskriminierungen in der Pflicht. Als Gewerkschaft steht sie für verschiedene Werte, die nicht nur im Miteinander verschiedener Nationen, Kulturen und Herkunftssprachen, sondern im gemeinsamen Leben, Lernen und Arbeiten insgesamt von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft sind: Respekt, Würde, Wertschätzung, Solidarität, Kollegialität, Gemeinschaft, Gleichberechtigung, Demokratie, Teilhabe und Inklusion. Diese Werte gilt es als Philosophie des Bildungswesens wie auch als Orientierung in der alltäglichen Praxis der Einrichtungen zu stärken.

## **Projekte und Initiativen der GEW**

---

### **BILDUNGSMATERIAL**

„Das bin ich – international“ – Ein multimediales Materialpaket für Kindertagesstätten und Grundschulen zur systematischen Entwicklung interkultureller Kompetenz (Herausgegeben von der Anne-Frank-Stiftung, Amsterdam und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft).

[http://nds-verlag.de/verlagsprogramm/content/vp\\_dasbinich.cfm](http://nds-verlag.de/verlagsprogramm/content/vp_dasbinich.cfm)

„Das sind wir“ und „Das sind wir 2“ – Interkulturelle Lernpakete für die Arbeit mit Kindern von neun bis zwölf sowie mit Jugendlichen von 13 bis 18 Jahren (Herausgegeben von der Anne-Frank-Stiftung, Amsterdam und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft).

<https://www.annefrank.de>

### **SCHULE OHNE RASSISMUS**

Der Hauptvorstand der GEW und der GEW Landesverband Berlin fördern die Arbeit der Bundeskoordination von "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" seit dem Jahr 2001, ein Projekt von und für SchülerInnen, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. <http://www.schule-ohne-rassismus.org>

**XENOS-SCHULPROJEKT**

DIE GEW ist Projektträger des XENOS-Projekts „Flucht und Asyl“. In diesem Zusammenhang sind zwei Handbücher für die Primarstufe und die Sekundarstufe entwickelt worden. Sie enthalten Hintergrundinformationen zu Flucht und Asyl, zu Flüchtlingskindern und Kinderrechten in Deutschland sowie Materialien für den Unterricht. Informationen erhältlich über:

[fluchtundasyl@gew.de](mailto:fluchtundasyl@gew.de)

**PREIS FÜR FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN**

Gemeinsam mit dem Türkischen Elternverein in Berlin-Brandenburg e.V. hat die GEW Berlin den Mete-Ekşi-Fonds gegründet. Mit Unterstützung des Bildungs- und Förderungswerks der GEW verleiht der Fonds jährlich einen Preis an Jugendliche oder Jugendgruppen, die sich für das friedliche Zusammenleben deutscher und nicht-deutscher Jugendlicher in Berlin einsetzen.

**RECHSTGUTACHTEN**

Im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung der GEW ist folgendes Rechtsgutachten entstanden: Aufenthaltsrechtliche Illegalität und soziale Mindeststandards – Das Recht des statuslosen Kindes auf Bildung (RA Dr. Erich Peter und Ralf Fodor, Januar 2005)

<http://www.gew.de/Page9046.html>

[http://www.gew.de/072005\\_Gesellschaftspolitik.html#Section8327](http://www.gew.de/072005_Gesellschaftspolitik.html#Section8327)

**BLEIBERECHTSKAMPAGNE**

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW hat die Bleiberechtskampagne „Hier geblieben!“ unterstützt, die sich für ein ganzes Bleiberecht für Kinder und die vollständige Umsetzung der UNO-Kinderrechte einsetzt. Die GEW Berlin ist Mit-Träger dieses Aktionsprogramms.

<http://www.hier.geblieben.net>

**HINTERGRUNDMATERIALIEN:**

Die GEW hat in der Vergangenheit kontinuierlich die Auseinandersetzung zum Thema Migration auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Institutionen begleitet und mitgestaltet. Die GEW-Diskussionen sind in Auseinandersetzung und unter Bezugnahme auf folgende Hintergrundmaterialien geführt worden:

1. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. 6. Familienbericht des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2000  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)
2. Leben in Vielfalt: Migrationsfamilien - zwischen Integration und Ausgrenzung. Beratungsergebnisse des Bundesforums Familie 2002 bis 2004. Berlin 2005  
[www.bundesforum-familie.de](http://www.bundesforum-familie.de)
3. "Zuwanderung gestalten - Integration fördern". Bericht der Zuwanderungskommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Rita Süßmuth, MdB, Juli 2001  
[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)